

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 140 (1974)

Heft: 10

Artikel: Demokratisierung und Demokratie

Autor: Anderegg, Johannes

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-48844>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tions, notre défense est un facteur de paix aussi bien que d'indépendance. Le service armé, l'un des éléments de la défense, sert la paix.

Inversément, ceux qui n'assument pas ce service ne servent pas la paix. Refuser de défendre l'indépendance, par les armes s'il le faut, aboutit à compromettre l'exercice de la liberté et des droits d'autrui ainsi que la prospérité commune. C'est proprement la guerre, civile aujourd'hui, étrangère demain.

Le cas de la Suisse est particulier encore parce que notre armée est fondée sur le système de milices. L'armée de métier, composée de soldats astreints à une discipline propre, peut remplir sa mission malgré l'hostilité de la population. L'armée de milices n'est apte à sa mission que si sa discipline est nationale. C'est dire que la défense est d'intérêt national et, comme telle, sujette à la discussion démocratique. Elle en tire à la fois sa faiblesse et sa force.

Nous en revenons ainsi à notre début, constatant que la défense est une lutte de l'esprit au premier chef. La conviction que la souveraineté, l'indépendance et la défense sont indissolublement liées, oblige à en convaincre nos concitoyens en toute circonstance. Il s'impose, non pas d'éviter la discussion, mais d'en profiter pour rappeler inlassablement des vérités élémentaires.

im Angriff auf das bürgerliche System angestrebt wurde. Auf der anderen Seite waren denn auch nicht wenige zu vernehmen, die in jedweder Neuerung den ersten Schritt zum Untergang erblickten und allein im Festhalten an den tradierten Formen und Inhalten die Rettung zu erblicken meinten. Beiden Extremen zum Trotz wurde der Ruf nach Reform und Demokratisierung von weiten Kreisen aufgenommen, und zweifellos gab es damals gute Gründe dafür. Heute liegen die Verhältnisse anders; tiefgreifende Veränderungen im Sinne einer Demokratisierung haben sich inzwischen durchgesetzt.

Dennoch Unfriede

Um so erstaunlicher muß für den Außenstehenden die Feststellung sein, daß an den Hochschulen der Friede trotz relativer äußerer Ruhe keineswegs eingekehrt ist. Vielmehr scheint eine tiefe Skepsis und wohl nicht selten eine gewisse Resignation vorherrschende Stimmung zu sein. Die einen sind der Überzeugung, die Demokratisierung sei, wo von ihr überhaupt gesprochen werden könnte, auf halbem Wege stehen geblieben, andere haben schon immer gewußt, was ihnen heute offenbar scheint, daß die Hochschule zerstört werde und der Staat in Gefahr sei, und wieder andere, grundsätzlich der demokratisierenden Reform zugetan, haben es *so* nicht gemeint.

Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, die Gründe für diese sehr verschiedenen Unzufriedenheiten aufzuspüren, wie denn auch auf die Diskussion inhaltlicher Reformen verzichtet werden muß. Nur am Rande sei die bedenkenswerte Tatsache erwähnt, daß mancherorts eine Demokratisierung von Bereichen gefordert wird, die sich ihr als solche entziehen. So mag man zwar unter gewissen politischen Aspekten und damit nach demokratischem Verfahren dieser oder jener Fragestellung den Vorrang geben. Die Stringenz einer Untersuchung, das Resultat eines einmal gewählten Verfahrens ist indes gewiß nicht nach dem Mehrheitsprinzip zu bestimmen.

Die folgende Untersuchung gilt vorerst der Frage, ob die Institution Hochschule nach den zahlreichen Versuchen zur Demokratisierung als Institution demokratischer geworden ist. Der Sinn einer solchen Demokratisierung, die Notwendigkeit, all jene an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, die Verantwortung tragen und Verantwortung zu tragen bereit sind, soll hier grundsätzlich nicht in Zweifel gezogen werden. Gewiß wird – was denn auch immer wieder gegen jede Form der Mitbestimmung angeführt wird – der Geschäftsablauf durch die Beteiligung verschiedener Gruppen erschwert, gewiß mag die Notwendigkeit, scheinbar Selbstverständliches zu entfalten und zu diskutieren, ermüdend wirken. Indes dürften, wo demokratische Verfahrensweisen, wo die Beteiligung aller an Recht, Verantwortung und Freiheit sinnvoll erscheint, solche Bedenken nicht ins Gewicht fallen.

Wem dient die Mitbestimmung?

Im Zuge der Reform der Hochschulgesetze sind für die verschiedenen Gruppen, insbesondere für die Studenten allerorten Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen worden. Diese – im Einzelfall verfügen Studenten über die Hälfte der Stimmen – sind dort besonders wichtig, wo inhaltliche Veränderungen notwendig oder möglich sind, vorab wohl an den neuen Hochschulen, deren Konzepte noch entwickelt werden. Ohne zu erkennen, daß unter diesen neuen Bedingungen in zahlreichen Fällen sinnvolle Arbeit möglich ist, gilt hier die Aufmerksamkeit doch der Schwierigkeit, jene demokratische Auseinandersetzung zu realisieren, auf die die neue Struktur angelegt zu sein scheint.

Demokratisierung und Demokratie

Professor Dr. Johannes Anderegg

Vorbemerkung der Redaktion. Im folgenden Beitrag werden – ausgehend von den Verhältnissen insbesondere an deutschen Hochschulen – Formen der politischen Auseinandersetzung untersucht, deren Problematik auch und gerade in der Armee an Aktualität zu gewinnen scheint.

Sbr

Reform der Hochschule

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die deutschen Hochschulen ihre Arbeit wieder aufnahmen, wurde früh schon und keineswegs nur aus studentischen Kreisen der Ruf nach einer Besinnung, nach neuer Zielsetzung und Umstrukturierung laut. Mahner und Neuerer fanden indes weder innerhalb noch außerhalb der Hochschulen Gehör. Vielmehr setzte sich teils explizit teils implizit die Meinung durch, es gelte die alte, ehrwürdige, durch das Dritte Reich unterbrochene Tradition fortzuführen, und nur mit hilflosem Achselzucken wurde die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß sich die Universität in weiten Bereichen infolge der unvorhergesehenen anschwellenden Studentenzahlen zu einer Karikatur ihrer selbst entwickelte.

Das änderte sich, als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre insbesondere die studentischen Forderungen vorab unter dem Schlagwort der Demokratisierung mit zum Teil recht handgreiflichen Mitteln an die Öffentlichkeit getragen wurden. Freilich bedurfte es keines großen Scharfsinns, um zu erkennen, daß von einigen – übrigens nicht sehr zahlreichen – Promotoren keineswegs die Reform der Hochschule als vielmehr deren Zerstörung

Daß die Möglichkeit entscheidender Einflußnahme von einer kleinen, aktiven, zielbewußten Schar mit meist systemsprengendem oder -überwindendem Konzept eifrig wahrgenommen wird, erstaunt niemanden, der die Entwicklung der letzten Jahre verfolgt hat. Bedenklicher ist die Tatsache, daß ein Großteil der Studentenschaft in Apathie verharrt und bereit zu sein scheint, zugunsten eines ungestörten Studiums, je nach den Kräfteverhältnissen in den Gremien, sich diesen oder jenen Vorstellungen zu beugen oder anzupassen. Das Hauptaugenmerk verdient indes eine dritte Gruppe, deren Kennzeichen zwar nicht selbständige Artikulation, wohl aber die *Bereitschaft zur Solidarisierung* mit Protagonisten nicht selten extremer Position zu sein scheint – ein Phänomen, das hier gewiß nicht erschöpfend erklärt, wohl aber unter ausgewählten Gesichtspunkten beschrieben werden kann.

Gewandelte Voraussetzungen

Die Situation innerhalb und außerhalb des Studiums scheint für viele Studierende durch Schwierigkeiten bestimmt zu sein, wie sie vordem kaum bekannt waren. Diese mögen nicht zuletzt begriffen werden als Folge jener «Ausschöpfung von Bildungsreserven», deren Sinn und Notwendigkeit offenbar ist, deren Folgeprobleme aber von den Wortführern und zuständigen Instanzen kaum bedacht wurden, zeigt sich doch, daß zahlreiche Jugendliche nicht zuletzt infolge ihrer entfremdenden Schul-erziehung die Kommunikationsmöglichkeit mit ihrer angestammten Umgebung, insbesondere mit ihrem Elternhaus einbüßen, daß andererseits die Hochschulen keinen Ersatz für den Verlust zu bieten imstande sind. Nicht oder kaum für die Probleme dieser neuen Generation vorbereitet, setzen sie noch immer einen Überblick und eine Studienmotivation voraus, die nicht mehr gegeben sind. Durch Schule und gängige Denkschemata entsprechend vorbereitet, liegt es nahe, daß häufig wohl nicht voll bewußte Vereinsungsgefühl – Psychologen und Soziologen haben dieses Problem bereits aufgegriffen – und den Generationenkonflikt als Mangel von Institution oder System zu begreifen. Die von der Ausbildung geforderte Anstrengung wird nicht als sachgegebene Notwendigkeit, die Schwierigkeiten und Hindernisse werden nicht als Anreiz begriffen, wohl aber als «Frustration», die dann folgerichtig umschlägt in eine Opposition gegen Personen oder Institutionen, deren Forderungen nicht oder nicht unmittelbar einsichtig sind.

Ideologie und Blockbildung

Wie eh und je dem Reiz einer Ideologisierung ausgesetzt, wenn und weil tradierte oder selbständige Zielsetzungen fehlen, wächst die berechtigte Neigung, einem wenn auch vagen Ideal nachzustreben, das die konkret erlebten Schwierigkeiten auszuschalten verspricht, zumal die Qualitäten des gegenwärtigen Systems, dessen Freiheiten und Rechte nicht erkennbar scheinen. So sucht und findet der Einzelne eine Zuflucht dort, wo das Gefühl der Geborgenheit vermittelt, Ideologie angeboten und die Möglichkeit gegeben wird, das privat Erlebte als ein Allgemeines zu begreifen: in der Gruppe, im *Block*. Die Sicherheit, die er hier zweifellos gewinnt – jedermann kennt wohl die Wirkung der Gruppensolidarität – erkauft er sich freilich durch den weitgehenden Verzicht auf individuelle Äußerung. Nicht persönliche Entfaltung, sondern der Wille «in» zu sein, werden zum Maßstab des Verhaltens: Wer derart der Gruppe bedarf, unterliegt dem subjektiven *Zwang zur Konformität*. Zu ihm aber gesellt sich der objektive Zwang, die Furcht vor der Ächtung,

die denjenigen trifft, der sich nicht ganz der Gruppe ein- oder unterordnet: Die Stärke der Gruppe liegt in der Gleichschaltung ihrer Mitglieder. Wer differenziert, wer hier zwar einverstanden ist, dort aber Bedenken erhebt, verletzt die Grenze zwischen «in» und «out» genau so wie der, der sich den unausgesprochenen Verhaltensgesetzen – etwa im Bereich von Kleidung oder Sprache – widersetzt. Der Block erkennt und bestätigt sich vorrangig durch das Aufbauen eines *eindeutigen Feindbildes*, das heute meist in der simplifizierenden Terminologie von progressiv und reaktionär, von links und rechts sich äußert und das genau so wenig einer detaillierten Analyse ausgesetzt wird oder ausgesetzt werden darf wie die eigene Position. Illustriert wird dieser Sachverhalt nicht zuletzt durch die Tatsache, daß jene bezeichnenderweise kleinen und kleinsten Gruppen, die sich um eine theoretische Klärung ihrer meist marxistischen Grundlagen bemühen, durch größere, in ihrem theoretischen Anspruch bescheidene Blockbildungen an den Rand gedrängt werden.

Nimmt die Blockbildung dem Einzelnen ab, was doch wohl für demokratisches Verhalten konstitutiv ist, die persönliche Verantwortung und die individuelle Beurteilung, so liegt auch auf der Hand, daß der Zwang zum schematischen Verhalten der Demagogie Tür und Tor öffnet, daß die subjektive und objektive Notwendigkeit zur Solidarität oder Gleichschaltung jenen eine gezielte Kampfführung ermöglicht, die die Mechanismen zu durchschauen und sich ihrer zu bedienen imstande sind. Nicht weniger deutlich dürfte aber auch die Einsicht sein, daß Blockbildung und Kampfführung dort besonders erfolgreich sind, wo tatsächliche Mängel angeprangert werden können. Es sollte nicht vertuscht werden, daß solche Mängel gerade im Bereich der Hochschule leicht aufzuzeigen sind, ist diese doch, wie immer sie sich verändert haben mag, zum Beispiel auf die zweifellos echten psychologischen Probleme in keiner Weise vorbereitet.

Taktische Forderungen

Gilt es, die Bedeutung der Blockbildung für die Auseinandersetzung zu bestimmen, so muß deren spezifische Taktik bedacht werden. Sie findet ihren Ausdruck unter anderem in der grundsätzlichen Forderung nach einem *imperativen Mandat*, das die Vertreter eines Blocks unbedingt und vollumfänglich an das Votum nicht etwa der Fraktion, sondern des Blocks bindet, eines Votums, das seinerseits häufig genug keineswegs einem demokratischen Entscheidungsprozeß entspringt. Gewiß wird niemand bestreiten, daß eine politische Gruppe, daß eine Fraktion insbesondere bei Wahlen die Möglichkeit hat und haben muß, «mit einer Stimme» zu sprechen. Als Grundprinzip der Konfrontation aber schließt das imperativen Mandat eine echte, argumentative Auseinandersetzung aus. Der demokratische Kompromiß, eine Einigung, die den Interessen aller Beteiligten bestmöglich entspricht, verbietet sich von vornherein, wenn die Vertreter einer Fraktion nur die Alternative zwischen der Durchsetzung der eigenen Vorstellung und deren Ablehnung kennen, wobei natürlich beides, in konsequenter Verfolgung der einmal gewählten Strategie, sich ausschlachten läßt: Die Annahme der eigenen Vorstellung offenbart die Schwäche der anderen, die Verwerfung dagegen wird als skrupellose Unterdrückung interpretiert.

Ähnliche Bedeutung kommt der Forderung nach *Öffentlichkeit* aller Entscheidungsgremien zu. Unter dem viel beschworenen Aspekt der Transparenz gerade im Hochschulbereich verständlich und mancherorts wohl auch heilsam, entartet sie unter den geschilderten Bedingungen zur Kontrolle der Blockvertreter. In dem Maße aber als diese gezwungen oder geneigt sind, die

Gremien zum Forum ihrer blockkonformen Angriffe oder Pauschalforderungen zu machen, schwindet die Möglichkeit sachlicher Auseinandersetzung.

Feindschaft statt Opposition

Dies freilich ist vielen keineswegs Anlaß zum Bedauern, denn nicht der Sache gilt die Aufmerksamkeit, sondern dem System, nicht die Auseinandersetzung wird gesucht, sondern der Konflikt, und das Verhältnis widerstreitender Fraktionen ist weniger als Opposition, denn als Feindschaft zu charakterisieren. Dabei sollte keineswegs der Eindruck entstehen, die beschriebene Taktik werde ausschließlich von studentischer Seite verfolgt, vielmehr verlaufen die Blockbildungen häufig quer zu den verschiedenen Gruppen von Hochschulangehörigen. Auch ist nicht zu übersehen, daß die Tendenz zur Blockbildung, einmal begonnen, auch *der jeweiligen Gegenseite den gleichen Mechanismus, die gleichen Verhaltensweisen aufzwingt*: Verhärtung auf allen Fronten, Aggressionssteigerung sind die Folgen. Nicht zu erkennen ist freilich, daß sich die Taktik disziplinierter Blockbildung mit dem Grundsatz der Liberalität nicht vereinen läßt. Grundsätzlich liberale Formationen laufen deshalb Gefahr, entweder aufzugeben zu müssen, was ihnen zentral sein müßte – eine Verlagerung der Auseinandersetzung in die Extreme ist die bereits abschbare Folge –, oder aber ihr Terrain einzubüßen. Überdies liegt auf der Hand, daß im Zuge der unvermeidlichen Verhärtung die Suche nach Argumenten von der Suche nach Stimmen verdrängt wird. Dadurch aber gewinnen Einzelne – gleichgültig auf welcher Seite – ein Gewicht, das ihnen von der sachlichen oder argumentativen Kompetenz her kaum zukommt. Die Rolle, in der Einzelne sich finden, gibt ihnen die Möglichkeit, nicht nur Druck auszuüben und private Interessen durchzusetzen, sondern auch – und hier schließt sich der Kreis – private «Frustrationen» zu kompensieren.

Absolutsetzung persönlicher Interessen

War im vorangegangenen vornehmlich von den Formen der Auseinandersetzung die Rede, so soll abschließend ein eher inhaltlicher Aspekt bedacht werden. Die Geschlossenheit eines Blocks beruht auf der Gemeinsamkeit der Interessen. Galt es anfänglich, studentische Interessen mit denen der Hochschullehrer zu konfrontieren, so wird nun immer deutlicher mit der Interessenskollision zwischen «Unterdrückten» und «Privilegierten» gearbeitet. Indes vermöchte diese abstrakte Konzeption – so beachtenswert sie im übrigen sein mag – nicht jene Solidarität zu erzeugen, deren «man» bedarf. Im Vordergrund der Argumentation stehen deshalb – oft nur vage vom übergreifenden Konzept abgeleitet – konkrete Interessen der Beteiligten. So wird etwa der Abbau von Prüfungen und Leistungen und die Selbstbestimmung des Studiums gefordert –, Ziele, die gewiß unter mancherlei Aspekt sinnvoll oder doch verständlich sind, die aber notwendig kollidieren müssen mit den Erwartungen des Staates, soweit dieser den Auftrag der Hochschule bestimmt. Die mangelnde finanzielle Ausstattung der Hochschulen, die Höhe der Stipendien und ähnliches sind Anlaß, eigene Interessen sehr konkret sichtbar zu machen, der Gesamtrahmen aber, der die finanziellen Möglichkeiten eines Staates beschränkt und der doch wohl bei der Suche nach sinnvollen Kriterien zu bedenken wäre, bleibt außerhalb der Betrachtung. Indem solcherart *das eigene Interesse, die eigene Lage verabsolutiert* und aus dem Zusammenhang gelöst wird, erscheinen die Setzungen des ja immerhin

demokratisch organisierten Staates als reine Willkürakte, die die Krise des Systems verdeutlichen, und der Staat selbst wird zum Inbegriff der «Andern», die es zu bekämpfen gilt. Wenn es ein Kennzeichen demokratischen Verhaltens ist, das eigene Interesse im Rahmen der Verantwortung für das Ganze zu beurteilen, so läßt der eingeschlagene Weg die Demokratisierung zur Perversion von Demokratie werden. Dies aber entspricht der Zielsetzung jener, die die Demokratie als bloßes Mittel zum Zweck begreifen und die denn auch immer mehr geneigt sind, mit erstaunlicher Offenheit einzuräumen, daß ihnen am «richtigen» Bewußtsein weit mehr gelegen ist als am demokratischen.

Vergleich mit der Armee

Die angeführten Probleme wären vergleichsweise harmlos, stünde dabei nur der Bereich der Hochschule in Frage. Indes dürfte bei sorgfältiger Betrachtung deutlich werden, daß hier nur besonders klar hervortritt, was anderswo sich erst undeutlich ankündigt. Nicht nur scheinen Praxis und Verständnis von Demokratie im allgemeinen immer fragwürdiger zu werden, nicht nur ist der Ruf nach Demokratisierung allerorten in gleicher Weise zu vernehmen; es lassen sich überdies leicht Gebiete innerhalb des Staates bezeichnen, die den beschriebenen Tendenzen und Entwicklungen genauso ausgesetzt sind oder ausgesetzt sein werden wie die Hochschulen. Zu ihnen zählt nicht zuletzt *die Armee*. Bei aller Unterschiedlichkeit sind Vergleichsmöglichkeiten offenbar. Wo Autorität und Leistung generell in Frage gestellt werden, muß auch und gerade die Armee, die auf das eine so wenig verzichten kann wie auf das andere, ins Schußfeld der Kritik geraten. Wie die Hochschulen bietet sie mancherlei Angriffspunkte, und niemand wird bestreiten, daß sich leicht und greifbar objektive Mängel nachweisen lassen, an denen sich Unzufriedenheit entfachen mag. Will man eine Kritik des Systems in der Unzufriedenheit der Einzelnen verankern, so bietet sich die Armee in besonderer Weise als Agitationsfeld an, bildet sie doch, ähnlich der Hochschule, eine Institution, deren Sinn und Form nur im Rahmen des gesamten Staates, der Gesellschaft zu bestimmen ist, die aber im konkreten Fall den partikularen Interessen des Einzelnen durchaus widersprechen kann.

Glaubwürdigkeit

Wenn heute die Armee insbesondere bei Jugendlichen zu einem Kritikobjekt ersten Ranges geworden ist, so geht es dabei gewiß nicht um Äußerlichkeiten. Wer die Unzufriedenheit durch die Einführung neuer Uniformen und veränderter Verhaltensnormen beschwichtigen zu können meint, dürfte die Problemlage ebenso erkennen wie derjenige, der, jeder Kritik unzüglich, nur die strikte Beibehaltung des *status quo*, Härte und Strafmaßnahmen gegen die Auflösung der Disziplin einsetzen zu müssen glaubt. Vielmehr scheint das Problem *eine Frage der Glaubwürdigkeit* zu sein. Sie gilt der Institution Armee im allgemeinen, dem Kader, vorrangig dem Instruktionskader im besonderen. Da auch in Zukunft eine methodisch-didaktische Ausbildung des Kaders aus mancherlei Gründen Postulat bleiben wird, da andererseits die Probleme der Führung mit praktischer Fähigkeit und ranggebundener Autorität allein nicht zu bewältigen sein werden, muß das Gewicht mehr denn je auf *Vorbild* und Persönlichkeit gelegt werden. Der Einzelne bedarf, wie die Armee als Ganzes, des Mutes sowohl zur *echten Analyse* – vorhandene Fehler sollten weder wegdiskutiert noch vertuscht werden – als auch zur *Setzung von klaren Maßstäben*. Konzeptionsloses Nachgeben birgt nicht weniger Gefahren als oberflächliche

Verketzung: weder lange Haare noch Brechlektüre sind Ausdruck revolutionärer Gesinnung. Maßstäbe verantwortlich setzen heißt sie im Rahmen des Ganzen begründen können. Wer von seinen Subalternen die Durchsetzung einer Forderung verlangt, die er selbst gegenüber der Truppe nicht zu begründen vermöchte, wird unglaublich.

Freilich ist nicht zu erkennen, daß das Maß für Forderung und Grenzziehung weder aus der bloßen Tradition, noch aus privatem Gutdünken, sondern aus dem *Auftrag* abzuleiten ist, den die Armee vom Staat erhält. Die schweizerischen Verhältnisse schaffen hier eine günstige Ausgangslage, weil der Soldat als Staatsbürger diesen Auftrag mitbestimmt. Gerade deshalb aber gilt die Frage der Glaubwürdigkeit letztlich dem demokratischen Staat als solchem. Weder psychologisch begründbare Dienstunwilligkeit Einzelner, noch Zweifel an der Erfolgsmöglichkeit der Armee stehen im Vordergrund, sondern vielmehr die Frage, ob das Staatswesen sich derart zu bewähren vermag, daß es von seinen Bürgern der Verteidigung wert erachtet wird.

Verteidigungswürdigkeit unserer Demokratie

Hier allerdings sollte die Möglichkeit einer Krise nicht leichtfertig gelegnet werden. Gewiß bildet die direkte Demokratie eine zuverlässigere Ausgangsbasis als die indirekte, die den Staatsapparat dem Bürger weitgehend entrückt, gewiß konnten Blockbildungen, wie sie oben beschrieben wurden, bisher vermieden werden, nicht zuletzt wohl deshalb, weil der divergierende Verlauf von parteipolitischen und sozialen Grenzen, von Sprach- und Konfessionsgrenzen wechselnde Interessengruppen schafft; die großen anstehenden Probleme aber scheinen derart komplex zu sein, daß sie vom Einzelnen nicht mehr durchschaut werden können und sein Glaube an echte Mitbestimmung durchaus Zweifeln ausgesetzt sein kann. Leicht werden diese geschürt, wo der Einzelne in der Menge sich verliert und wo die Beeinflussbarkeit durch Medien offen zu Tage tritt. Wenn aber der Einzelne die Demokratie nicht mehr als solche erlebt, wenn der Staat zum Abstraktum oder zum Inbegriff der «Andern» wird, dürfte jene spezifische Weise der Demokratisierung nicht auf sich warten lassen, deren erste Folgen oben beschrieben wurden.

Auch im großen und umfassenden Bereich des demokratischen Staates gilt es, objektive Mängel rechtzeitig zu erkennen und zu beheben: Nicht die Symptome, sondern die Ursachen sind zu behandeln. Kein Staatsgebilde hat jemals ohne Erneuerung bestehen können. Das sollte jenen deutlich werden, die die überlieferten Formen höher schätzen als die Idee, aus der heraus sie entstanden sind. Wer das Verhältnis der Jugend zur Demokratie erörtern will, wird vorab das Verhältnis der Ältern zum demokratischen Gedanken zu prüfen haben. Nicht ob es gelingt, äußere Traditionen fortzusetzen, sondern ob es gelingt, die notwendigen Veränderungen derart zu vollziehen, daß dabei Demokratie lebendig bleibt, entscheidet über das Schicksal des Staates. Demokratie ist nicht ein für allemal gegeben, sondern muß stets von neuem praktiziert werden. Die Krisen, denen gewiß auch die Demokratie ausgesetzt sein wird, sollten schon deshalb nicht gelegnet werden, weil sie ihr die Möglichkeit schaffen, sich zu bewähren. Nicht als günstiger Boden für wirtschaftliches Wachstum ist Demokratie zu legitimieren. Sie ist glaubhaft nur dann, wenn sie – um ein Schlagwort aufzugreifen – die bessere Lebensqualität schafft, und sie besteht nur so lange, als der Einzelne *Verantwortung für das Ganze* tragen kann und tragen will.



Das Prestige der Uniform...

Protyp
UNIFORMEN ABTEILUNG

Sehr anspruchsvolle Offiziere wünschen, im Militär ebenso elegant gekleidet zu sein wie im Zivilleben.

Aus diesem Grunde haben wir unsere "Protyp-Uniformen-Abteilung" gegründet.

Bon Génie Protyp: Genève, Lausanne, Fribourg, Vevey.
Protyp: Zürich, Bâle.



Welcher Schreibprojektor projiziert tageslichthell und scharf bis an den Rand?

Der DIASCRIPTOR 4 von Leitz

Die dreilinsigen Objektive (normal 1:4/340 mm, Weitwinkel 1:4/300 mm) geben das projizierte Bild kontrastreich und gleichmäßig ausgeleuchtet wieder. Halbtonvorlagen farbig oder schwarz-weiß erscheinen originalgetreu und scharf gezeichnet über sämtliche Grauwerte von den dunkelsten bis in die hellsten Töne. Optik und Lichtquelle sind einstellbar für die optimale Ausleuchtung jeder Bildgröße.

Die Schreibfläche ist eine schlagfeste Sekurit-Glasplatte mit antimagnetischem Rahmen und versenkbaren Haltestiften für Folien.

Ein leise laufendes Axialgebläse kühl Lampe, Stufenlinse und Arbeitsfläche mit thermostattgeregelterem Nachlauf (Sicherheitsthermoschalter). Mittlere Lebensdauer der Halogen-Glühlampe 220/800 W ca. 70 Betriebsstunden, mit der Sparschaltung ca. 200 Stunden.

Aus unserem AV-Programm LEITZ-Diaprojektoren, Spezialprojektionswände nach Mass, Projektionstische, Arbeitsmaterial für die Herstellung von Transparenten usw.

AUSKUNFT – BERATUNG – DIREKTBEZUG

PETRA AV audio-visuelle Geräte
Silbergasse 4, 2501 Biel-Bienne, Tel. 032/231279

Schauraum Sonneggstrasse 28, 8006 Zürich,
Tel. 01/34 59 50, (geöffnet von 09.00 bis 12.00 Uhr)

FERRIER, GÜDEL & CIE AG
Obergrundstrasse 42, 6003 Luzern, Tel. 041/22 22 12